



LAV • Fb. 1.2 • Konrad-Zuse-Straße 11 • 66115 Saarbrücken

Foodwatch e. V.
Brunnenstr. 181
10119 Berlin

EINGEGANGEN AM 04. JAN. 2017

Fb: Zentrale Dienste
- Justizariat -
Konrad-Zuse-Straße 11
66115 Saarbrücken

Telefon: (06 81) 9978
Telefax: (06 81) 9978
Email: @lav.saarland.de

AZ:VIG 16-Foodwatch/Xmas
(Bitte bei Antwort immer angeben)

Datum: 29.12.2016

Ihre Anfrage nach VIG bzgl. der Beanstandung von Weihnachts-/Saison-Süßwaren 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Anfrage können wir nach mittlerweile vorliegender Auswertung der Untersuchungsergebnisse derzeit wie folgt beantworten:

1. Schwerpunktaktion: Glühwein von Weihnachtsmärkten

Seitens des Lebensmittelkontrolldienstes wurden verschiedene Weihnachtsmärkte im Saarland besucht. Dabei wurden 20 Proben Glühwein und Glühweinähnliche Heißgetränke als Proben zur Untersuchung im Landesamt für Verbraucherschutz entnommen. Die Proben stammten alle unmittelbar aus dem Ausschank.

Gemäß Art. 5 in Verb. Mit Anhang II Buchst. B Nr. 8 der VO (EU) 251/2014 ist **Glühwein** ein Aromatisiertes weinhaltiges Getränk,

- das ausschließlich aus Rotwein oder Weißwein gewonnen wird,
- das hauptsächlich mit Zimt und/oder Gewürznelken gewürzt wird und
- bei dem der vorhandene Alkoholgehalt mindestens 7 % vol beträgt.

Abgesehen von der Wassermenge, die aufgrund der Anwendung von Anhang I Nummer 2 zugesetzt wird, ist der Zusatz von Wasser untersagt.

Insgesamt wurden 2 Proben wegen irreführender Bezeichnung bzw. Angaben beanstandet.

Bei beiden Glühweinen war der vorhandene Alkoholgehalt unter 7 % vol. und damit zu niedrig. Die Proben waren zu lange und/oder zu hoch erhitzt worden.

Eine der beiden Proben hatte darüber hinaus noch einen untypischen Geschmack. Sie schmeckte stark nach Orange bzw. nach Orangensaft. Ein Zusatz von Orangensaft zu Glühwein ist nicht vorgesehen. Durch einen derartigen Zusatz wird der Alkoholgehalt ebenfalls erniedrigt.

2. Schwerpunktaktion: Zimtwaffeln:

Weiterhin wurden 20 Proben Zimtwaffeln auf Cumarin untersucht. Davon mussten zwei Proben wegen Überschreitung des Grenzwertes beanstandet werden:



Probe-Nr.	Bezeichnung:	Grenzwert: 50mg/kg		
L-2016-04705	Zimtwaffeln:	gemessen 148 mg/kg		
L-2016-04917	Zimtwaffeln lose	gemessen 111 mg/kg		

3. Schwerpunktaktion: Nüsse

Darüber hinaus wurden 22 Proben Nüsse und Nussmischungen mikrobiologisch untersucht. Keine der Proben wurde beanstandet.

Fazit:

Da es sich bei den Herstellern der beanstandeten Glühwein-Proben um rein temporäre Standbetreiber sowie bei den Herstellern der Zimtwaffeln um nur lokal vertretene Einzelbäckereien handelte und die festgestellten Abweichungen jeweils behoben wurden, gehen wir auch bei Berücksichtigung des von Ihnen angeführten Kriteriums der Gesundheitsgefahr, welche in allen Fällen derzeit nicht (mehr) gegeben ist, davon aus, dass die Herstellerdaten auch im Hinblick auf das vorgeschriebene VIG-verfahren für Sie vorliegend entbehrlich sind.

Zwar könnte hier von einer Anhörung der Betroffenen nach § 5 I Nr. 1 VIG wegen der festgestellten Beanstandung abgesehen werden; indes ist die behördliche Entscheidung zur namentlichen Nennung gem. § 5 IV S. 2 VIG dem Betroffenen in jedem Fall bekanntzugeben mit der Möglichkeit innerhalb eines ausreichenden Zeitraums von grds. höchstens 14 Tagen einen Rechtsbehelf beim Verwaltungsgericht einzulegen.

Diesem Prozedere stehen auch die von Ihnen angeführten Rechtsansichten nicht entgegen, da es zum einen nicht um die Zustimmung der Betroffenen geht sowie andererseits auch dahingehend, dass der von Ihnen eingebrachte Fall nach der Beschwerdebegründung des VGH München (AZ: 20 CS 15.2677) nur eine etwaige Heilungsmöglichkeit einer gegebenenfalls zu kurzen Anhörungsfrist nach VIG bestätigt, jedoch keine obligatorische Verfahrensbeschleunigung etwa bei Saisonprodukten statuiert.

Ihrer Interpretation des Gerichtsbeschlusses in Form einer Informationsprivilegierung aufgrund des saisonalen Charakters des Weihnachtsgeschäfts kann von hier weder aus dem Wortlaut des Beschlusses des VGH noch in Ansehung des Normwortlauts nach VIG gefolgt werden:

§ 5 II, IV VIG behandelt zwar Ausnahmen bzgl. Suspensiveffekten von Rechtsmitteln sowie vom Erfordernis einer Anhörung, räumt dennoch aber ausdrücklich nach den üblichen Regeln des Rechtsstaatsgebotes wie bereits dargestellt dem Betroffenen die Möglichkeit ein, Eilrechtsschutz innerhalb einer ausreichenden Zeitraum gegen die Datenweitergabe einzuholen. Erst nach Fristablauf oder Abschluss eines gerichtlichen Verfahrens können die Daten mit Drittbezug sodann übermittelt werden, (-insofern der gerichtliche Beschluss dem nicht entgegensteht).

Vor diesem Hintergrund bitten wir, uns mitzuteilen, falls noch eine Übermittlung der Daten der vorliegend betroffenen Hersteller gewünscht wird. In diesem Fall ergeht eine entsprechende Mitteilung an die Betroffenen unter Hinweis auf die Möglichkeit der Rechtsbehelfseinlegung.

Mit freundlichen Grüßen

